

Grüne: Umgehung nicht finanzierbar

Verkehr Podiumsdiskussion im Flachter Bahnhof

■ **Flacht.** „Umgehungsstraße Pro & Contra“ lautete der Titel einer Podiumsdiskussion von Bündnis 90/Die Grünen im Flachter Bahnhof. Ein großes Thema in der Diskussion war die geplante Aarumgehung Niedermeisen/Flacht. Rund 50 Besucher kamen zu der Veranstaltung.

„Ein großes Problem beim Bau von Umgehungsstraßen ist die nicht ausreichende Transparenz“, sagte Winfried Herrmann, Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des Verkehrsausschusses. Er berichtete aus bundespolitischer Sicht über die Umsetzung von regionalen Neubaustrecken.

„1500 Projekte sind aktuell im Bundesverkehrswegeplan enthalten. Viele Projekte sind in der Planung oft überaltert und sie werden teurer als ursprünglich angenommen“, berichtete Herrmann. Weiter sagte er, dass viele Umgehungen nicht mehr realisierbar seien, da man sie sich nicht mehr leisten kann. „Es sind eindeutig zu viele Straßenbauten im vordringlichen Bedarf. Diesbezüglich muss die Gesetzesregelung geändert werden“, so Herrmann. Verkehrsprobleme könnten nicht durch das Bauen von neuen Straßen gelöst werden. Stattdessen müssten sie

im Gesamtkomplex Straße und Schiene angegangen werden. Auf die Frage aus den Reihen der Besucher, ob ein Projekt wieder aus dem vordringlichen Bedarf genommen werden kann, antwortete Herrmann: „Das erweist sich als schwierig.“

Mit im Podium saßen Eveline Lemke, Landesvorstandssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz, und Thorsten Janning, Landtagskandidat der Partei. Lemke sagte, dass man beim Bau der Aarumgehung nicht die mögliche Ost-West-Trasse von der linksrheinischen A 61 zur A 3 aus den Augen verlieren dürfe. „Diese Trasse kann kommen, auch wenn sie nur scheinbarweise umgesetzt wird“, betonte Lemke. Zur Verlagerung des Schwerlastverkehrs von der Straße auf die Schiene sagte Lemke, dass mögliche Firmen angesprochen werden müssen, die ihre Güter per Bahn transportieren können. In Bezug auf Schaefer Kalk kündigte sie an, dass sie diesbezüglich Kontakt mit dem Verkehrsminister aufnehmen werde.

Thorsten Janning betonte, dass die Entlastung der jetzigen Anwohner an der B 54, nicht zu einer Belastung anderer werden darf. *up*